

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Hauptschrift für Drahtnachrichten
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Halbeher für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzer in Hachenburg.

Nr. 12

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pf. mit Beleglohn; durch die
Post 2.25 M. bezw. 75 Pf. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Preisbeilagen weggelassen.

Hachenburg, Mittwoch den 16. Januar 1918.

Anzeigenpreis (abzählbar im voraus):
die sechszeilige Zeile oder deren
Raum 20 Pf., die Restzeile 10 Pf.

1. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

13. Januar. Zeitweilige erhöhte Feuerstärke in Flandern.
In der Champagne, auf den östlichen Maasböden und in den
mittleren Vogesen. In Luftkämpfen werden an der Westfront
sechs feindliche Flugzeuge und drei Fesselballone abgeschossen.
Der Kaiser empfängt den Reichskämmerer und den Generalfeld-
marschall v. Dincklage zum Vortrag.

14. Januar. In Flandern bleibt die Feuerstärke auf
Störungsfeuer beschränkt. — In der macedonischen Front
keine wesentliche Veränderung. — In Brest-Litowsk führt die
Über die Gebietsräumung im Osten zu scharfen Auseinander-
setzungen.

Wer heuchelt?

Unsere Feinde werden nicht müde zu versichern, daß
sie eigentlich im Grunde genommen die Friedfertigkeit
selbst sind. Sie führten diesen Krieg überhaupt nur, um
die Menschheit ein für allemal von dieser Gottesgeißel zu
befreien; doch erst, wenn der preussische Militarismus end-
gültig zu Boden geworfen sei, werde man des Friedens
auf Erden sicher und froh sein können. Es müßte dann
nur dafür gesorgt werden, daß er nicht abermals zur Auf-
erstehung gelange, und das werde der neu zu gründende
Völkerbund zu gewährleisten haben. Vorher aber müsse die
Weltkarte noch radikal so gründlich umgestaltet werden, daß
man dann für alle Zeiten Ruhe habe. Nach welchen Grundsätzen
diese Umgestaltung vorgenommen werden sollte? Nun,
selbstverständlich nach dem Selbstbestimmungsrecht der
Völker, eine Forderung der Gerechtigkeit, so einleuchtend
und so zwinchend, daß sie würdig wäre, den zehn Geboten
der Bibel unmittelbar angereiht zu werden. So weit, so
gut — ein geschlossenes Programm ohne Zweifel, das vor-
läufig nur den einen Fehler hat, die Rechnung ohne den
Wirt gemacht zu haben, d. h. über den Kopf der Mittel-
mächte hinweg, die anstehend noch immer keine Lust dazu
verlippen, sich lebendigen Leibes von ihren Gegnern ver-
schlingen zu lassen.

Doch plötzlich tritt Herr Bichon, der augenblickliche
Minister des Auswärtigen in Frankreich, auf die Kammer-
tribüne und wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die
Annahme, das Schicksal der beiden Provinzen Elsaß und
Lothringen von einer Volksabstimmung abhängig zu
machen. Das ist nämlich das mindeste, was die
französischen Sozialisten zur eigenen Gewissens-
beruhigung verlangen: Annexionen dürfen sie be-
sonnig nicht mitmachen, schon des bösen Beispiels
wegen nicht. Aber wenn man das Selbstbestimmungs-
recht der Völker auf Elsaß-Lothringen anwendet, dann kann
natürlich auch der heftigste Demokrat, und trage er selbst
die Farben der Sozialisten, nicht dagegen einwenden. Man
schmeichelt sich sogar mit der Hoffnung, daß selbst die
deutschen Sozialisten sich dieser Forderung nicht wider-
setzen würden. Aber siehe da: die französische Regierung
lehnt es ab, auf diese Brücke zu treten. Herr Bichon ver-
langt Wiederherstellung des im Jahre 1871 verletzten
Rechts, er verlangt sie rein und unbedingt, weil
ke höher tiefe als alle heuchlerischen Volksabstim-
mungen. Eine völlig neue Offenbarung! Es gibt
also heuchlerische Volksabstimmungen und — andere?
Und wer entscheidet, ob in dem einen Falle diese,
im andern jene Art der Willensoffenbarung der Völker
vorzuziehen? Wer ist es überhaupt, den der Vorwurf der
Heuchelei treffen soll: denjenigen, der die Abstimmung im
einzelnen Fall anordnet, oder denjenigen, der sie vor-
nimmt? Die Sozialisten in der französischen Kammer
werden die nagelneue Weisheit des Ministers mit ver-
wundertem Kopfschütteln zur Kenntnis genommen haben;
aber sie haben schon schlimmere Verhöhrungen ihrer demo-
kratischen Überzeugungen hinter sich gelassen, sie werden ge-
fährlich wie die Nacht gegenüber sind, auch diesen
programmwidrigen Seitenstreich ihrer Regierung ruhig
hinnehmen.

Das kann uns nur recht sein. Auch wir wollen ja von
einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen ganz und gar
nichts wissen. Nicht deshalb, weil wir ihr Ergebnis zu
fürchten hätten, sondern weil die Frage, ob ein fern-
deutsches Land wie das herrliche Hügelland der Vogesen
zu Deutschland gehören soll oder nicht, für uns bereits für
Zeit und Ewigkeit entschieden ist. Wir würden uns also
in der Tat einer Heuchelei schuldig machen, wenn wir
über diese Frage noch irgendeine Erörterung anstellen.
Aber in Frankreich hat man darüber noch im
vorigen Jahre anders gedacht, und auch die Ver-
treter der Republik, in der neuen wie in der
alten Welt, haben mit den höchsten Brüdern stilles
Zusammenhang auch für die Elsaß-Lothringer das Selbst-
bestimmungsrecht gefordert — also noch einmal: auf
welcher Seite lag und liegt die Heuchelei? Und weiter:
warum soll z. B. den russischen Ostprovinzen erst der
Swang einer Volksabstimmung auferlegt werden? Wer
macht sich in diesem Falle der Heuchelei schuldig — und
warum? Jedenfalls: von Deutschland ist die Volks-
abstimmung im Osten eben so wenig verlangt worden wie
diejenige im Westen, wir dürfen also wohl mit Recht fest-
stellen, daß Herr Bichon diesmal anders wohnen stellt

hat, und daß seine Landsleute oder seine Bundesgenossen
es sind, die sich durch seinen Vorwurf getroffen fühlen
müssen.

Über eine gute Lehre könnten wir aus dem Verhalten
des Herrn Bichon wohl entnehmen. Wenn selbst Volks-
abstimmungen kein untrügliches Zeugnis für geschichtliche
Notwendigkeiten sind, warum sollten wir uns und unsere
Schutzbefohlenen an der alten russischen Grenze erst dieser
Umständlichkeit unterziehen? Wären wir sicher, daß nicht
hinterher, wenn die Völker z. B. sich für den Anschluss an
Deutschland entscheiden, die Entente kommen und
sagen würde, „eine heuchlerische Volksabstimmung“, wie
diese beweise gar nichts, hier müsse unbedingt nach west-
mächtlchen Rezepten Ordnung geschaffen werden? Die
Offenbarung des Herrn Bichon ist gerade noch zur rechten
Zeit gekommen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

4. Aber das Thema „Neue Wege im Reich und in
Preußen“ sprach Unterstaatssekretär Dr. Schiffer in
Bromberg. U. a. hob er hervor: Die Wahl des Offizier-
korps, die Befolgung usw. seien neu zu regeln. Das Ver-
lagerungsgebot habe gänzlich verfallen und müsse geändert
werden. Eine große Rolle würde in Zukunft die Frage
der Völkerverbindungen, der Schiedsgerichte, der Abrüstung usw.
spielen und im Zusammenhang damit die Freiheit der
Meere, die wir sichern müssen, denn unser ganzes Wirt-
schaftsleben sei auf dem Weltmarkt aufgebaut. Weiter
ging der Redner auf die Reform des preussischen Wahl-
rechts ein und stellte eine Reihe von Grundfragen auf, die
dafür sprachen. Neue Wege, meinte er, seien auch auf dem
Gebiete der Verwaltungsreform einzuschlagen: die Ver-
waltung müsse vereinfacht und die Aufgaben vereinfacht
werden; hierdurch würden auch ungütliche Kräfte erspart.
Die Justizverwaltung könne ebenfalls vereinfacht werden.

Osterreich-Ungarn.

4. Das Ergebnis der siebenten ungarischen Kriegs-
anleihe übersteigt nach den endgültigen Feststellungen
800 Millionen Kronen. Die durch die bisherigen ungar-
ischen Kriegsanleihen aufgebracht Summe beträgt damit
über 15 Milliarden. Der König hat aus Anlass des
glänzenden Ergebnisses der Kriegsanleihe an den Minister-
präsidenten Wessely ein sehr herzliches Dankschreiben ge-
richtet.

Rußland.

4. Mit den Vorarbeiten zur Schaffung einer all-
gemeinen Bundesrepublik soll sich eine Konferenz be-
fassen, zu der der Petersburger Rat der Volkskommissare
die Regierungen der selbstständigen Republiken des ehe-
maligen Zarenreiches eingeladen hat. Der von der bolsche-
wistischen Regierung ausgearbeitete Entwurf steht die
Bildung eines Staatenbundes nach dem Muster der Ver-
einigten Staaten vor. Die Vertreter der Ukraine, Est-
lands, Livlands, der Wolgarepublik, der Kaukasusrepublik
und Sibiriens haben ihre Teilnahme ausgedrückt.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 14. Jan. Der Reichskanzler wird seine Rede
im Hauptauschuß um einige Tage verschieben, bis sich der
Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk genauer über-
sehen läßt.

Berlin, 14. Jan. Der preussische Stadtrat wird
unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bernuths eine
Vorstandssitzung ab, die sich mit der Wohnungsbeschaffung
nach dem Kriege beschäftigt.

Berlin, 14. Jan. Die Besprechungen der Finanz-
minister über den nächstjährigen Haushaltsauschuß haben
volle Übereinstimmung in der Beurteilung der Gesamtlage
ergeben.

Wien, 14. Jan. Die Mitglieder des polnischen Re-
gierungsrates und Ministerpräsident v. Rudzinski
sind mit ihrer Begleitung heute nachmittag nach Warschau
abgereist.

Genf, 14. Jan. Die „Humanität“ protestiert energisch
gegen die bevorstehende Verhaftung Tailleur, dessen An-
wesenheit in der Kammer Herrn Clemenceau nur unan-
genehm sei.

Genf, 14. Jan. Nach einer Voraussage aus Lissabon
werden die an den letzten Ereignissen beteiligten Angehörigen
der Marine, sofern ihre schlechte Duldung erwiesen ist, aus
der Marine entfernt werden.

Der preussische Wahlrechtsauschuß.

(3. Tag.)

4. Berlin, 14. Januar.
Zunächst führte ein freikonservativer Redner Gedanken
über die Wahrung der deutschen Interessen in der Zukunft
bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts aus und forderte
Anschluß über die Absichten der Regierung in Bezug auf das
Gemeindewahlrecht.

Minister des Innern Dr. Drews antwortet, am Ge-
meindewahlrecht sei eine plötzliche Erweiterung einzu-
treten, deshalb müsse es geändert werden, aber nicht ohne
weiteres nach dem Muster des Landtagswahlrechts. Einzel-
heiten könne die Staatsregierung noch nicht angeben, denn die
Voraussetzung dafür müßten außerordentlich gründliche Vor-
arbeiten sein.

Ein nationalliberaler Redner spricht sein Bedauern
aus, daß die Regierung wiederum keine Auskunft gegeben habe.

4. Die sich die Gestaltung der Verhältnisse im Osten an-
sehen. Die Bedenken gegen ein gleiches Wahlrecht müßten nach
hinfort werden, wenn ein selbstständiges Königreich Polen
stehe. Scharf wendet sich der Redner gegen die letzten Worte
Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministers, daß
die Wahrung des Siegerwillens. Es sei unverständlich, wie
man sagen könne, durch Ablehnung des gleichen Wahlrechts
werde der Siegerwille gelähmt.

Dr. Friedberg und die Nationalliberalen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg
wendet sich gegen die Ablehnung und Aufschub der Wahl-
rechtsfrage. Er habe gesagt: „Wenn die Verhältnisse
nicht ausdauern, wird in den Volkskammern, die die Ver-
hältnisse am besten kennen und das Hauptinteresse haben,
eine große Entscheidung entstehen und die Entscheidung
kann dazu beitragen, in diesen Fragen den Siegerwillen zu
schwächen.“ Das habe er aufrecht. Die Kritik des „Rechts-
denklers“ sei etwas ganz anderes gesagt, daß es um die Ver-
hältnisse, wie es Dr. Friedberg, es von einem politischen
Freunde nicht erwartet habe. Selbstverständlich müßte die
Regierung die Schwierigkeiten im Osten. Aber auch
Wahlrechtsfrage würde diese Folge nicht vermeiden, und
ein Wahlrechtsrecht sei im Sommer beinahe eine Ver-
gung der Reichstagsparteien erfolgt. Er könne dem Antrag
nicht zustimmen, daß den Völkern der Kampf
werden müsse. Die Frage, warum die Vorlage nicht
Krieges eingebracht sei, könne nicht ewig bedacht wer-
den, es gilt es, an die Arbeit zu gehen.

Von konservativer Seite wird gesagt, daß es ein
Zeichen des Bankrotts einer Regierung sei, wenn sie die
Feinde zu gewinnen und die Freunde vor den Kopf zu stoßen
suche. Daran schließt der Redner die Bemerkung an, man
abwarten, ob diese Bankrottsklärung schon jetzt ausgedrückt
werden könne.

Der Nachmittags-Sitzung ist hervorzuheben, daß ein
nationaler Mittelstandsabgeordneter seine unbe-
gründete Behauptung gegen die Vorlage zum Ausdruck brachte,
daß mit Notwendigkeit zur Demokratisierung der
Verhältnisse, und man werde dann sagen müssen: „Nicht
das Ende Preussens!“

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach man vornehmlich
über die Abweisung des gleichen Wahlrechts auf die Ost-
mark. Regierung und Nationalliberalen sprachen sich überein-
stimmend für eine Einmengenpolitik aus, die das Deutsche
in jeder Weise zu fördern geeignet sei, ohne jedoch das Voten-
tum zu schädigen. Die Nationalliberalen haben jedoch be-
denken, ob sich eine solche Politik bei gleichem Wahlrecht durch-
führen lassen werde.

Das Zentrum tritt für eine Verbindung der drei Vor-
lagen ein und wird dabei für ein Mandatsrecht stimmen. Im
übrigen befürchtet das Zentrum, daß durch das gleiche
Wahlrecht die konstitutionelle Volkschule gefährdet werden
könnte.

Nach der Aussprache wurde die Weiterberatung auf
Donnerstag nachmittag vertagt.

Verlagung in Brest-Litowsk.

Debatte über das Selbstbestimmungsrecht.

Brest-Litowsk, 14. Januar.

Die am 11. d. Mts. gebildete deutsch-österreichisch-
russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen
hielt am 11. und 12. drei lange Sitzungen ab.

Die Räumung der besetzten Gebiete.

Im Verlaufe der Verhandlungen lehnte Trotski ab,
in dem Verträge auszusprechen, daß die Völker ent-
schlossen seien, „fortan in Frieden und Freundschaft zu
leben“, weil das nach seiner Meinung — lediglich eine
Phrasen sei.

Im Verlaufe der weiteren Verhandlung wurde fest-
gestellt, daß Einvernehmen darüber herrsche, die Räumung
der von den beiden kriegsführenden Parteien besetzten Ge-
biete prinzipiell auf die Grundzüge der vollen Gegenfrie-
den zu stellen, d. h. daß die Räumung der besetzten
russischen Gebiete an die Räumung der von Rußland be-
setzten Gebiete Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens
zu knüpfen sei.

Die Verhandlung über den Zeitpunkt der Räumung
der besetzten Gebiete, über den eine völlige Übereinstimmung
nicht herbeigeführt wurde, wurde abgebrochen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Eine lange Debatte entspann sich dann über das Ver-
langen Trotskis, daß in den besetzten Gebieten eine Ab-
stimmung der Völker stattfinden sollte. Staatssekretär
Rühlmann führt dazu u. a. aus:

„Die russische Regierung hat, entsprechend ihren Grund-
sätzen, für alle in Rußland lebenden Völker ohne Aus-
nahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbst-
bestimmungsrecht proklamiert. Wir behaupten, daß in
Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechtes in einem Teile
der von uns besetzten Gebiete die zur Vertreibung der be-
treffenden Völker de facto bevollmächtigten Adversitäten
ihre Selbstbestimmungsrechte im Sinne der Absonderung von
Rußland de facto ausüben haben, daß nach unserer Auf-
fassung diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen
Reich in seinem ehemaligen Umfange gehörig betrachtet
werden können.“

Trotski beharrte auf seinem Standpunkt, daß er die
deutsche Auffassung ablehnen müsse, wonach sich die Be-
völkerung der besetzten Gebiete bereits durch Abstimmung
gedankt hätten. Nach Verlauf einer einseitigen Staats-

rechtlichen Debatte über die Voraussetzungen, unter denen Selbstbestimmungsrecht, bei der Troßki behauptete, daß gel. der deutschen Erklärung vom 25. Dezember und 27. der vom 27. Dezember bestünde ein Widerspruch und so fragte, weshalb die Bevölkerung der besetzten Gebiete an den Friedensverhandlungen teilnehmen, wenn sie das Recht haben soll, über Gebietsveränderungen zu bestimmen.

Staatssekretär v. Rosen. „Herrmann erklärte darauf: Der Herr v. Rosen habe sich darüber beklagt, daß wir hier noch keine Vertreter der besetzten Nationen bei den Verhandlungen haben.“

Wenn er zum Ausdruck bringen wollte, daß auch nach seiner Ansicht diese Volkseinzelheiten nimmermehr geschaffen sind und das Recht der Selbstbestimmung ihrer „Zwärtigen“ Beziehungen ausüben können, so bin ich meinerseits bei rückhaltloser Anerkennung dieser Voraussetzung von Seiten der russischen Delegation gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe.

Graf Czernin trat diesen Ausführungen bei. Er wünscht aber zu wissen, in welcher Weise die Auswahl der Vertreter getroffen werden soll, wenn russischerseits die in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt angesehen werden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Vertagung.

Noch einmal nahm dann General Hoffmann das Wort um zu erklären:

Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande stünden und uns Bedingungen diktiert könnten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind — das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet! —

Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmütigkeit in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.

Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsch der Fortsetzung von Rußland bereits klar und unmissverständlich Ausdruck gegeben.

Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung Rußlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen.

Troßki bat darauf um Vertagung, damit die russische Delegation sich mit ihrer Regierung in Verbindung setzen könne.

Die Verhandlung wurde vertagt. Eine neue Sitzung ist noch nicht anberaumt.

Vom Tage.

Indien ruft um Befreiung.

V. Das indische Nationalkomitee in Stockholm sandte an die ukrainische Zentralkommission in Kiew sowie nach Breslau ein Telegramm, in dem es das ukrainische Volk als das größte der bisher unterdrückten Völker Europas bezeichnet, mit allem Nachdruck bei den Friedensverhandlungen für die Unabhängigkeit Indiens einzutreten und die Ukraine davor warnt, sich durch die falschen englischen Darstellungen über die angebliche Zufriedenheit des indischen Volkes mit der Herrschaft der Engländer irreleiten zu lassen. Solange Irland und Ägypten in der Sklaverei des englischen Raub- und Angriffskolonialismus festgehalten werden, sei kein dauernder Friede möglich.

Irische Freiheit.

VI. Die sofortige Lösung der irischen Frage wird in der jüngsten von der Gesellschaft der Freunde irischer Freiheit an alle ausländischen Gesandtschaften in Stockholm mit Ausnahme der englischen überreichten Note verlangt. Wie England die irische Freiheit aufstellt, erbietet aus einer Rede, die Graf Bluntell in einer Ansprache zu Dublin hielt. Der Graf erklärte, daß England Irland seiner

Lebensmittel zu berauben drohe, die das Land nur seine Bevölkerung notwendig brauche. Die Iren würden Mangel leiden müssen, wenn sie diese Lebensmittel nicht im Land behielten. Es sei deshalb Aufgabe der Iren, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittel im Lande bleiben, wenn nötig mit Gewalt.

Inzwischen fabrizierten die Lloyd George, Churchill und Genossen immer aufs neue Redensarten vom Erlösungswork der Engländer an „unterdrückten“ Völkern.

Turati für einen Vernunftfrieden.

V. Der Führer der offiziellen Sozialisten Italiens, Turati, erklärte einem Journalisten, an den Ausführungen Lloyd Georges sei das Bedeutsamste, daß sie ein Ausdruck der seit langem in England eingetretenen Stimmung sei, die die Notwendigkeit eines baldigen Vernunftfriedens einlebe. Turati hofft, die italienische Regierung werde sich bald zu ähnlichen Erklärungen bereitfinden.

Alzu viel von einer vernünftigen Auffassung der Lage ist bisher bei den italienischen Machthabern nicht zu bemerken gewesen. Turatis Hoffnung steht also vorläufig auf schwachen Füßen.

Montenegrinische Minister unterwerfen sich.

V. Aus dem österreich-ungarischen Kriegspressquartier erklärt man, daß der ehemalige montenegrinische Kriegsminister und General Radomir Berjovic sich mit seinen Anhängern, unter welchen sich auch der gewesene montenegrinische Justizminister Miloslaw Rajesvic befindet, beim Bezirkskommando Andrejevica gestellt und daselbst die Waffen abgeliefert hat. Die Minister und ihre Begleiter werden, da sie sich innerhalb der von den österreich-ungarischen Behörden gesetzten Frist gestellt haben, der beim Geburtstag Kaiser Karls erteilten Amnestie gemäß, begnadigt.

Ob nun die immer noch von der Allierten Presse herumgetragenen Erfindungen über erheblichen Widerstand in Montenegro verstummen werden?

Nachfrage des Vatikans an Lloyd George und Wilson.

V. In englischen und französischen wie auch in italienischen Blättern war behauptet worden, beim Heiligen Stuhl hätten die jüngsten Reden des englischen Premierministers und des amerikanischen Präsidenten starke Wirkung gehabt. Erwägungen, ob diese Erklärungen sich mit der Auffassung des Papstes nicht deckten, seien im Gange.

Daß diese Behauptungen lediglich zur Stimmungsmache dienten, war sofort zu erkennen. Das bestätigt nun auch ausdrücklich das offizielle Blatt des Vatikans, der „Osservatore Romano“. Das Blatt schreibt, der Heilige Stuhl beabsichtigt nicht, von der Richtlinie der völligen und strengen Unparteilichkeit abzugeben, die er seit Kriegsbeginn innegehalten habe. Dies werde er auch angesichts der jüngsten diplomatischen Schritte und Erklärungen des englischen Premierministers und Wilsons nicht tun. Damit ist deutlich genug gesagt, daß die Lloyd George und Wilson kein Recht haben, sich auf den Vatikan als Vermittlungsgenossen zu berufen.

Schlussspende.

(Druck- und Korrespondenz-Meldungen.)

Vor der Kanzlerrede.

Berlin, 14. Jan. Die kommende Kanzlerrede wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, eine ausführliche Antwort auf die letzten Ententereben bringen. Graf Hertling wird darauf hinweisen, daß Lloyd George, um gewisse Kreise in England zu beschwichtigen, diesmal zwar eine mildere Tonart angeschlagen habe, daß aber im übrigen seine Rede eine Annäherung an die Friedensziele der Mittelmächte nicht bedeute.

Landtagswahl in Koblenz.

Koblenz, 14. Jan. Bei der heutigen Landtagswahlwahl im Wahlkreis Koblenz 8 entfielen sämtliche abgegebenen Stimmen auf Verbandsdirektor Dr. Teweß-Essen (Zent.). Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

hatten sie grüßen lassen und trauten sich auf ihren Besuch. Beim Frühstück brachte sie die Neuigkeit an. Papa kramte sich mit ihr und strich ihr blondes Haar. Aber die Mama machte ein böses Gesicht und sagte zu ihrem Mann hinüber: „Da hätten wir ja die Lösung. Lucie auf Thalberg bei ihren Verwandten. Denke nach, ob du ihr diese Chance verderben darfst.“

Bedachte die Achseln. „Lucie ist und bleibt bei uns. Ist's nicht so, Mabel? Komm, gib deinem Vater einen Kuss!“ Für ihn war damit die Sache abgemacht.

Seine Frau erlebte noch einen bitteren Augenblick. Gegen zwölf Uhr kam wie gewöhnlich Frau von Ende, um nach ihr und den Kindern zu sehen. Sie schien sehr erregt.

„Hast du das neueste schon gehört?“ rief sie der Tochter auf der Schwelle des Zimmers zu. „Nur Wagarin steht wegen einer Villa mit Thalberg in Unterhandlung. Seine Tante erzählte es gestern Abend Ende. Nimmst du ihn nicht an?“

„Den Namen des Käufers höre ich zum erstenmal“, antwortete Vera peinlich berührt. „Ernst sagte mir, er habe einen Liebhaberpreis geboten, den Thalberg nicht ausschlagen konnte.“

„Dein Mann denkt hoffentlich nicht daran, auf einen Verkauf einzugehen?“

„Mein Mann hat nichts zu denken. Herr Thalberg ist Lucies Vermögensverwalter, und da er's für gewöhnlich hielt, diese nie wiederkehrende Gelegenheit von der Hand zu weisen, wird der Kontrakt wohl heute vollzogen. Wenigstens verstand ich Ernst so. Er ging deshalb schon früher auf Gericht.“

„Du nimmst die Treue des Fürsten sehr ruhig hin, Kind!“ sagte Frau von Ende gereizt. „Ich hätte nicht an deiner Stelle meiner Haut gewehrt. Mir scheint, du weißt gar nicht, wachst Kellerei auch der Besitz der schönsten Villa in B. gibt. Jeder kannte sie! Jeder sprach von ihr, und niemand fiel es ein, sich den Kopf zu zerbrechen, ob sie nun deines Mannes oder des Kindes Eigentum ist.“

„Das weiß ich alles, Mutter.“

„Und läßt es ruhig geschehen?“

„Weil ich muß! Doch lassen wir das. Man muß sich in manchem finden. Reden wir nicht mehr davon. Ernst hat mich nach einer neuen Wohnung umgesehen, die in der Setzma steht. Wir können zwar den Sommer über

Fallmeldungen über Polen.

Berlin, 14. Jan. Gegenüber Zeitungsmeldungen, daß eine Änderung in der Auffassung über die Entwicklung Polens eingetreten sei, erfahren wir, daß in dem bisherigen Gang der Angelegenheit sich nichts geändert hat.

Anerkennung der Republik Finnland.

Wien, 14. Jan. Gestern erließen eine finnische Abordnung hier im Ministerium des Äußeren, daß von der Mitteilung der Unabhängigkeitserklärung Finnlands Kenntnis nahm. Auf Eruchen der Deputation sprach das Ministerium namens der Monarchie die Anerkennung der selbständigen finnischen Republik aus.

Autoverbindung Vellingfors-Riga.

Stockholm, 14. Jan. Russische Blätter melden, daß von Vellingfors aus eine Autoverbindung mit Riga eingerichtet werden soll. Die von Soldaten gelenkten Automobile würden Riga mit Rohstoffen, pflanzlichen und tierischen Produkten und mit Lebensmitteln versorgen. Riga werde im Austausch dänische Erzeugnisse aller Art, Farben und Schuhwerk liefern.

Verklärung der roten Garde.

Kopenhagen, 14. Jan. Die Petersburger rote Garde ist erheblich verstärkt worden. Zahlreiche Arbeiter haben Beiseil erhalten, in diese „Garde“ einzutreten.

Petersburg von Südrussland abgeschlossen.

Stockholm, 14. Jan. Petersburg ist seit einigen Tagen ohne jede Postverbindung mit Südrussland. Die meisten Telegrafenleitungen sind unterbrochen.

Finnische Revolutionstribunale.

Kopenhagen, 14. Jan. Nach einer Vellingfors-Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat die finnische Regierung die sofortige Errichtung von Revolutionstribunalen angeordnet.

Stimmung gegen König Ferdinand.

Wien, 14. Jan. Nach einer Meldung der politischen Korrespondenz aus Sofia spielen sich gegenwärtig in Sofia entscheidende antimonarchische Kämpfe ab. Die Stimmung gegen den König Ferdinand nimmt von Tag zu Tag zu. Die Stellung des Kabinetts Praxianu ist viel zu schwach, um dem König eine hinreichende Stütze zu bieten.

Englischer Kommandowechsel in Flandern.

Genf, 14. Jan. „Echo de Paris“ meldet aus London, daß außer den bereits erfolgten Veränderungen im englischen Generalstab in Flandern noch ein wichtiger Verleihenwechsel bevorstehe. In Paris heißt es, daß Clemenceau den Kämpf Haig durchgeleitet habe.

Wassensendungen nach Irland.

Daag, 14. Jan. In der letzten Woche ist wiederholt festgestellt worden, daß angeblich harmlose Postpakete, die von England nach Irland geschickt wurden, Feuerwaffen und Munition enthielten. In Liverpool wurde dadurch eine Explosion verursacht. Der englische Postminister hat infolgedessen die Untersuchung sämtlicher Wassensendungen nach Irland angeordnet.

Das gefährdete Kabinett Clemenceau.

Genf, 14. Jan. Die hier eingetroffenen Berichte der Pariser Blätter über die letzte Sitzung der französischen Kammer lassen klar erkennen, daß die Sozialisten einen großen allgemeinen Unsturm gegen Clemenceau verurteilen, der jedoch diesmal noch scheiterte.

Ministerwechsel in Griechenland.

Athen, 14. Jan. Der Vizepräsident Empiricos ist zurückgetreten. Es scheint sich zu bestätigen, daß General Danglis zum Generalissimo ernannt werden wird. Benizelos soll die Leitung des Kriegsministeriums wieder übernehmen und ein Unterstaatssekretariat des Krieges schaffen, um sich von der Verwaltungslast zu entlasten.

Die Griechen wollen nicht.

Schweizer Grenze, 14. Jan. Dem „Vernier Tagblatt“ wird aus Athen gemeldet: Die von Benizelos verordnete Heranziehung griechischer Truppen zum Frontdienst ist gänzlich gescheitert. In Larissa ist es zu einer großen Kundgebung gegen den Krieg gekommen. Es fällt auf, daß auch die Kreter, die sonst Benizelos sehr ergeben sind, sich bei den ablehnenden Truppen befinden.

Der rechte Weg.

Roman von M. Brigg-Brook.

41) Nachdruck verboten.

Vor dem Gedanken bebt sie doch zurück. Hatte sie alles verloren: Was ihr Leben geschmückt, so klammerte ihr verbrauchtes Ja sich um so fester an den einzigen, der ihr blieb. Auf und ab, begleitet von ihren finsternen Gedanken, ging sie unbehörbaren Schritten durch das Zimmer, bis die Glode unten anschlug. Mit einem Sprung war sie an der Tür, überlegte sich, daß sie verriegelt war, und horchte hinaus. Franz lehrte zurück, mit ihm das Kind. Sie hörte, wie Lucie nach dem kleinen Bruder fragte. „Selbst schlüpf“, sagte die Alte, die wohl dabei war, das Kind auszuheilen. „Und wo ist Mama?“ hörte sie fragen. „Mama ist ausgegangen, Kind.“ Ein paar unhörbare Worte, Schritte, die sich verließen. Dann war wieder alles still. Die junge Frau trat von der Tür zurück ins Zimmer. Die Dämmerung legte ihre Schatten auf jeden Gegenstand. Gespenstisch leuchteten die Bilder von der Wand. Ihr eigenes Mädchenbild und des toten Vaters Porträt. Vera stellte sich vor das letztere. „Sollst du mit, Vater!“ flüsterle sie. Aber das Bild blieb stumm. Wenn es hätte sprechen können, hätte es ihr erzählt, wie dem es darstellte, die beste Kraft zum Leben gefehlt so daß er ein Ende machen mußte. Es war schon besser daß es schwieg. Stunden vergingen. Vera sah noch in Dunkel.

Leise pochte der Rechtsanwält an ihre Tür. „Offen doch, Vera, es ist schon spät. Das Abendrot wartet.“

Sie stand mühsam auf. Vom Flur aus fiel der helle Schein auf ihr verdüstertes Gesicht. Bedachte sie an.

„Um Himmels willen, bist du krank, Brauchst du?“ fragte er ehrlich erschrocken.

„Es wird vorübergehen.“ Sie wies den Arm, den er ihr bot, zurück, sah noch ins Kinderzimmer, wo Delmut in diesem Frieden schlief, und drückte einen Kuss auf sein Stirn. Lucie rief im Nebenzimmer vergeblich nach ihr. Nur der Vater kam und erzählte, daß die Mama heim lebend sei und nicht kommen könne. „Aber sie hat doch Bubi geküßt“, beharrte das kleine Mädchen und schielte mit traurigen Gedanken ein. Sie hätte der Mama so gern erzählt, wie gut Onkel Fritz gewesen und wie er sie nach Thalberg eingeladen, dort waren zwei Cousinen. Er

hier bleiben. Nun Wagarin der Käufer ist, ziehen wir sofort. Sobald ich etwas finde...“

„Kind, ich verstehe nicht!“

„Ist auch nicht nötig, Mama. Verzeih, ich kann dir nicht alles sagen! Wenn du mich lieb hast, bist du mir trotzdem gut und kommst mit mir. Willst du?“

„Dah mich nur nach Bubi sehen. Was macht der Prinz?“

Sie verschwand im Kinderzimmer, während ihre Tochter ihre Toilette vervollständigte. Die beiden Damen erreichten nach kurzer Zeit ihr Ziel. Sie fanden ein einfaches, aber hübsch gebautes Haus im Grünen, auch eine sogenannte Villa. Leider stand sie nicht frei. Doch lebten sich rechts und links ähnliche Häuser an. Dafür waren Vorder- und Hintergarten geräumig und hübsch angelegt. Vera zeigte sich befriedigt, während die Baronin verschleppenes auszuheilen fand.

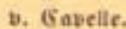
„Wenn du den Preis bedenkst, darfst du nicht solche Ansprüche machen“, belehrte Vera sie. „Wie kommt's auf Lust und Licht für meinen Bubi an. Beides findet er hier. Beides ist im Überfluß. Die Zimmer sind groß. Einziges Bureau bleibt in der Stadt. So haben wir Räume genug.“

Nachdem sie sich über den Preis verständigt, verließen die Damen das Haus. Es stand seit kurzer Zeit leer. Eine russische Familie hatte einige Jahre darin gewohnt. Tapeten und Böden befanden sich in defektem Zustand. Sie mußten erneuert werden. Zum Teil erklärte sich der Wirt bereit. Das übrige würde Best übernehmen. Vera zweifelte nicht, daß er zugreifen würde. Einziges schritt sie neben der Mutter, die den Verlust der Villa Elisabeth nicht verdammerzte. Vera empfand heftige Unruhe. Sie war beinahe froh, als die Mama erklärte, müde zu sein und die Elektrische zu benutzen, die gerade des Weges kam. Sie half ihr aufsteigen, hörte, wie sie ihr zurück, daß sie des Abends kämen, und sah mit dem Gefühl der Erleichterung dem abfahrenden Wagen nach. Endlich war sie allein und konnte über das Gehörte nachdenken. Daß Wagarin die Villa kaufte, war ein Nachschuß gegen sie. Er hatte Zeit gebraucht, sich zu befinden, womit er ihr am besten tat.

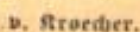
Fortsetzung folgt.

Daag. 14. Jan. Eile aus Madrid gemeldet wird, haben in Valencia und Barcelona große Unruhen stattgefunden. Es ist in beiden Städten ein Proteststreik ausgebrochen.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral v. Capelle, der eifrigste Förderer unserer U-Bootwaffe hat den Orden Pour le mérite erhalten. Admiral v. Capelle



Hollens eines Unterstaatssekretärs, bis er die Nachfolge des Großadmirals v. Tirpitz im Jahre 1916 antrat. —



in seiner stets mit unangenehmlicher Ruhe und Unbefangenheit geführten Leistung alle Parteien auf der Rednertribüne zu ihrem Recht. Und wenn es im Raume je einmal lauter und bewegter wurde, wenn die Geister aufeinanderprallten, so fehlte ihm nie eine kurze, ganz ihm ist und seinem goldenen Humor eigene Wendung zur Beilegung aller Unlieblichkeiten. So entspricht denn auch die Verfügung, daß sein Begräbniß in aller Stille und ohne Abordnung vor sich gehe, durchaus der Eigenart dieses seltenen Mannes. Strassburg und Straßburg des preussischen Abgeordnetenhauses können sich deshalb nicht an dem Begräbniß betheiligen.

TB Großes Hauptquartier, 15 Jan. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Keine besondern Ereignisse. An verschiedenen Stellen
Front Artilleriekampf.

Deßlicher Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.

Mazedonische Front.
Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Isolone und die Pertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert. Die tagsüber in den Angriffsbischnitten anfallenden Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Süden über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Am längs der untern Pave und in Verbindung mit den ständigen Vorstößen im Pave-Delta war die Artillerie Tätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Geneta'quartiermeister: P u d e n d o r f f.

Unsere Erfolge im Dezember.

Im Monat Dezember haben unsere Gegner durch die
 Thätigkeit unserer Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen
 1 Flugzeuge und 9 Ballone verloren. Wir haben
 2 Flugzeuge und 2 Ballone eingebüßt; davon sind
 2 Flugzeuge jenseits der Fronten verblieben, während die
 übrigen 25 über unserem Gebiet verloren gingen.

Auf die Westfront allein entfielen von den 119 außer
echt gefallenen feindlichen Flugzeugen: 101, von den
deutschen 74. An der italienischen Front haben wir
feindliche Flugzeuge abgeschossen und 8 eigene ein-
gekauft. Am einzelnen steht sich die Summe der feindlichen

Verluste folgendermaßen zusammen: 88 Flugzeuge wurden im Luftkampf, 80 durch Flugabwehrkanonen, 1 durch Infanterie abgeschossen, 5 landeten unfreiwillig hinter unseren Linien. Von diesen Flugzeugen sind 47 in unserem Besitz, 72 jenseits unserer Linie erkennbar abgeschossen.

Der Bacher Funkpruch meldet, daß die Franzosen im Dezember 1917 76 deutsche Flugzeuge abgeschossen haben. Demgegenüber werden die französischen Verluste auf 20 Flugzeuge, davon 13 über ihren eigenen Linien abgeschossen, und 1 Fesselballon angegeben. — Tatsächlich beliefen sich die deutschen Verluste auf dem französischen Teil der Westfront im Dezember 1917 auf 9 Flugzeuge diesseits und 22 jenseits, während die französischen Verluste nicht 20, sondern 44 Flugzeuge betrugen, von denen nicht 13, sondern 36 nach einwandfreier Feststellung jenseits abstürzten; nicht 1, sondern 3 Fesselballone wurden abgeschossen.

Fliegerleutnant Max Müller †.

Der baltische Altgeleutnant Maj. Müller, Ritter des Ordens Pour le mérite, ist bei der Jagd auf Elche in der Nähe von Cambrai am 1. seinem 38. Geburtstag infolge Fahrengefehlers tödlich verunglückt und so unbefristet für das Vaterland gefallen.

Leutnant Ivar Müller stammt aus Niederbarnim und war ehemals Klempnerlehrling. Vor zehn Jahren trat er als Rekrut beim 1. Infanterie-Regiment König in München ein, wo er bereits im ersten Jahre zum Unteroffizier befördert wurde. Bei Kriegsausbruch wieder eingezogen, ging er zur Fliegertruppe über, wo ihm ein glänzender Aufstieg beschieden sein sollte. Auf einstimmigen Vorschlag seines Offizierskorps zum Fliegerabwehr befördert und zum Offiziersstellvertreter ernannt, wurde er in den ersten Tagen des September 1917 wegen hervorragender Tapferkeit von dem Feinde vom König von Bayern zum aktiven Offizier im Fliegerbataillon befördert und fast gleichzeitig, am 6. September, erhielt er aus Anlaß seines 27. Geburtstag der Orden Pour le mérite. Im Herzen des Volkes wird der Name Müller fortleben als der eines Heldenkämpfers.

Neue H. Post-Erfolge.

Unflüch wird gemeldet: Bei starker Bewachung und unter häufiger Gegenwirkung, die vielfach auch durch heftige Luftstreiträfte ausgeübt wurde, verließen unsere 11 Boote im Armeekanal und an der englischen Küste fünf größere Dampfer.

Die Mehrzahl der Schiffe war tiefbeladen und bewaffnet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zunehmender Nachtraummangel.

Die Behandlung der Frachtraumfrage in der englischen Presse konzentriert sich der Sachlage entsprechend mehr und mehr auf die Frage der Neubauten, während die Bedeutung des neutralen Frachtraums und der Zuwachs durch die beschlagnahmte deutsche Handelsmarine in den Vordergrund treten. „Daily Telegraph“ stellt vor einiger Zeit fest, daß wahrscheinlich trotz aller Prognosen nur 1 Million Tonnen Frachtraum im Jahre 1917 fertiggestellt worden sei. Selbst wenn man diese Ziffer auf 1½ Millionen Tonnen erhöht, entspricht sie nicht annähernd den englischen Erwartungen. Auch die Entschlüsse über das Vöhlings des amerikanischen Schiffbauprogramms konzentriert in der englischen Presse wieder lebhaft zum Ausdruck. Das Gefährnis des Premierministers Lloyd George, daß er sich bezüglich der Überweisung amerikanischen Frachtraums an England geirrt habe und daß infolgedessen seine Berechnungen eine Änderung erfahren hätten wird heftig empfunden.

Eine amtliche englische Eingemeldung.

Am 9. Januar hat die englische Administration gemeldet, das Vazarettisch „Nawa“ mit Verurteilten an Bord sei ohne Warnung torpediert und im Sotol-Kanal versenkt worden. Hinzugefügt war: Die Neutralität teilt mit, das das Schiff nicht in der sogenannten Sperrzone war und gewesen ist, die in der Bekanntmachung der deutschen Regierung vom 24. 1. 1917 bezeichnet wurde.“

Da in dieser Mitteilung eine amtliche Erklärung der britischen Admiralität enthalten ist, wird von amtlicher deutscher Stelle hierzu erklärt, daß das Lazarettschiff, wie inzwischen festgestellt worden ist, nicht von einem englischen U-Boot torpedirt worden ist. Vielmehr besteht die Wahrscheinlichkeit, daß es auf eine vor kurzem im Bristol-Kanal von uns gefangene Minenbatterie gelaufen ist, daß die deutsche Regierung keinerlei Gewähr für die Sicherheit der Schifffahrt gegen Minen innerhalb der Sperrgebiete übernommen hat, dürfte hinlänglich bekannt sein. Der Charakter der englischen Anschuldigungen kennzeichnet sich hiernach von selbst.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 14. Jan. Die wirtsch. und handelspolitischen Verhandlungen in Petersburg haben noch in Ergebnis gehabt, da sie ja auch vom Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk abhängen.

Wien, 14. Jan. Vespino Garibaldi hat die Bildung und Führung eines neuen Dreikörps übernommen. Seine Reichsarmee soll sich ausschließlich aus jungen Studenten der italienischen Universitäten zusammensetzen, die als minderwertig für den Militärdienst befunden waren.

Rotterdam, 14. Jan. Im hiesigen Hafen erfolgte die Ausrüstung der im Austausch gegen englische Kriegsgefangene gestern abend aus England eingetroffenen deutschen Offiziere und Mannschaften. Der Bürgermeister hielt eine patriotische Ansprache.

Washington, 14. Jan. Staatschefdar Parker sagte in
seiner Rede, die Verbündeten müßten um der Reinlichkeit
willen liegen und sie würden liegen.

Sachsenburg, 15. Januar.

Q. Unzulässiger Tauschhandel. In letzter Zeit hat sich in Geschäftsverkehr zwischen Kaufleuten und Verbrauchern eine Gewohnheit herausgebildet, die im Interesse unserer Wirtschaftsethik nicht entschieden genug bekämpft werden muß; es sind nämlich Fälle bekannt geworden, in denen Geschäftsleute kein Bedenken getragen haben, von Kunden Lebensmittel anzunehmen und ihnen dafür Geldbargasse

ohne Bezugnahme zu verabsolgen. Abgesehen davon, daß die Geheimeitsstufe sich schwerer Bestrafung ausliehen, ist ein solches Verhalten geeignet, die gleichmäßige Verformung aller Volkswirtschaften mit Lebensmitteln wie mit Kleidungsstücken im hohen Grade zu gefährden. Alle wohlverwagene behördlichen Maßnahmen, die das wirtschaftliche Durchhalten im Kriege gewährleisten sollen und könnten, müssen scheitern, wenn die Bevölkerung sich nicht schaut, sie in dieser Weise zu durchkreuzen.

2. **Verpönte und erlaubte Zohlenmacher.** Die Erlaubnis besteht, als Markt darauf anzukommen, daß der Vertrieb von Zohlenmacher und Zohlenbewehrungen vom 1. Januar ab verboten ist, insofern sie nicht aus fernem Markt oder Bodenerder ansehnlich sind und nicht eine Länge von mehr als 2 Millimeter besitzen. Nur der Vertrieb solcher Zohlenmacher ist noch bis zum 28. Februar gestattet unter der Bedingung, daß die Kleinverkaufspreise für das Stück bei einer Länge von 2 bis 3 Centimeter 4 Pf., bei einer Länge von mehr als 3 Centimeter 5 Pf. nicht überschreiten. Anwendungen für Verpönte, Kartons und ähnliches darüber nicht besonders berechnet werden.

□ **Umrechnungsverhältnis von Getreide und Malz.** Zur Ausführung der Verordnung über die Malzkontingente der Bierbrauereien und den Malzhandel vom 20. November 1917 sind Anordnungen der Reichsgetreidestelle vom 13. Dezember 1917 ergangen. Das Umrechnungsverhältnis von Getreide und Weizen zu Malz ist dadurch, wie in den beiden vergangenen Wirtschaftsjahren, auf 100 Teile Getreide (Gerste oder Weizen) = 75 Teile Malz festgelegt worden. Die von der Reichsgetreidestelle außerdem angeordnete Bestandsaufnahme der am 31. Dezember 1917 bei den Brauereien vorhandenen geweihten Vorräte an Malz und Getreide soll ein Bild über die gesamten Malz- und Getreidebestände der Brauindustrie geben und zur Überwachung der Brauereien dienen.

Die Eingränkungen im Eisenbahnverkehr. Über die geplanten Einschränkungen wird noch folgendes mitgeteilt: Von der Einführung der sog. „Urlaubscheine“ für Reisende glaubt die Eisenbahnverwaltung nach wie vor absehen zu sollen. Dafür hat man sich entschlossen, den gesamten Reiseverkehr vom 18. d. M. ab um etwa 25000 Stationsmeter täglich zu verringern, was etwa eine Verminderung der fahrenden Züge um 5 % entspricht. Da man aber annimmt, daß auch diese Beschränkung noch nicht den Anforderungen, die die Landesverteidigung und die Versorgung der Bevölkerung an die Eisenbahnverwaltung stellt, gerecht werde, so wird man, die endgültige Zustimmung der Heeresverwaltung vorausgesetzt, auch zu einer Aufhebung der Urlaubsfahrten auf die Dauer von etwa 14 Tagen in der letzten Hälfte des Monats Januar schreiten müssen. Man verkennt auf der einen Seite nicht das Bedauerliche dieser notwendigen Maßnahme; gerade sie aber verpflichtet für das Wohl der Bevölkerung einen Erfolg, da die Zugbenutzung durch die Urlauber jetzt etwa 70 % des gesamten Reiseverkehrs ausmacht. Durch diese, wie gesagt, nur vorübergehende Maßregel wird eine ganz wertvolle Verminderung der Verzögerungen und Schnelligkeit erreicht werden.

Steuerpflicht der Kriegsteilnehmer. Zunächst ist für den Kriegsteilnehmer wichtig zu wissen, daß von der Versteuerung ausgeschlossen und daher bei Berechnung der Einkommensbeträge außer Anlaß zu lassen ist das Einkommen aller Angehörigen des kaiserlichen Heeres und des aktiven Marine, ebenso der zum Dienste einberufenen Landwehrmännlichen, und zwar solange sie zu einem in der Kriegsfornation befindlichen Theil des Heeres oder der Marine gehören. Diese Bestimmung tritt in Einklang mit dem Tunc des Eintritts in das Heer. Die Besteuerung des Einkommens der Kriegsteilnehmer beruht in den meisten deutschen Bundesstaaten insofern eine Änderung, als für sie die Grenze des steuerfreien Einkommens erheblich erweitert ist. Im Frieden und auch jetzt bei den Kriegsteilnehmern bleibt ein Einkommen steuerfrei, das eine in den einzelnen Bundesstaaten zwischen 900 und 900 Mark hinausgehende Höhe nicht überschreitet. Für die Unteroffiziere und Mannschaften des Heeresausdienstes, solange sie sich im Kriegsdienst befinden, bleibt ein erheblich höheres Einkommen von der nach dem Einkommenssteuergesetz veranlagten Steuer befreit. Es bleiben steuerfrei (oder es bleibt die veranlagte Steuer unerhoben) in Mecklenburg, Sachsen-Altenburg und Schaumburg-Lippe Einkommen bis 1800 Mark, in Schwarzburg-Sondershausen bis 2000 Mark, in Heußl. L. bis 2400 Mark, in Hessen bis 2000 Mark, in Preußen, Sachsen-Weimar, Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Lippe-Deimold und Rüb. bis 3000 Mark, in Württemberg bis 3200 Mark, in Oldenburg bis 3600 Mark. In Heußl. L. ist steuerfrei bei Unverheiratheten ein Einkommen bis 1200 Mark, bei kinderlos Verheiratheten bis 2000 Mark, bei Verheiratheten mit 2 Kindern bis 2400 Mark, mit 3 Kindern 2700 Mark, mit mehr Kindern 3000 Mark. Dabei ist jedoch Voraussetzung, daß der Kriegsteilnehmer nicht über 40000 Mark Vermögen hat.) In Sachsen-Altenburg-Weimar ist ein Einkommen von Kriegsteilnehmern bis 1800 Mark steuerfrei, doch sollen auch die Steuern von Kriegsteilnehmern mit Einkommen über 1800 Mark auf Antrag gekundet werden.

Keine Ausnahme-Bestimmungen hinsichtlich der Steuer von Kriegsteilnehmern kennen Bayern, Sachsen, Baden, Schwarzburg-Rudolstadt und Waldeck, Elsass-Lothringen, Hamburg, Bremen.

† Unser früherer Stadtschreiber H. Vollmann, z. St.
monier in einem Feldartillerie-Regiment, ist für seine
vortragende Tapferkeit in der Schlacht bei Cambrai
mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet worden.

Vom Westermald, 14 Jan. Die diesjährigen Holz-
lungen sind allenthalben im Gange und werden theils
rd. Hilfsdienstpflichtige, theils durch Kriegsgefangene
geführt. Nach Nuthölzern und besonders nach
rubenholz herrscht rege Nachfrage. Die Preise sind
her gegen früher enorm gestiegen. Es werden durch-
schnittlich bezahlt für Eichenstämme 42 Mk., Buchen-
stämme 45 Mk., Fichtenstämme 32 Mk., und Kiefern-
stämme 31 Mk. der Festmeter.

Danden, 14. Jan. Der Betrieb des Basaltbruchs auf dem benachbarten Hohensteinsbachtal ist nunmehr vollständig eingestellt. An eine Fortsetzung der Ausbeute wird wohl auf lange Zeit nicht zu rechnen sein, denn es Material, wie Maschinen und Gefälle wird fortge-

